



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Kathi Petersen SPD**

Bürgerbeteiligung an der Diskussion über die Zukunft der EU vor Ort einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden des Freistaates mit Veranstaltungsformaten unterschiedlichster Art regelmäßig Möglichkeiten eröffnet werden, sich fundiert über die Europäische Union zu informieren und ihre mögliche Fortentwicklung zu diskutieren.

Insbesondere sollen sie an der Konsultation über die Weißbuch-Szenarien der EU-Kommission zur Zukunft Europas sowie an den Vorschlägen des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gleichberechtigt teilnehmen können und die Chance erhalten, ihre diesbezüglichen Erwartungen und Forderungen an die Politik zu formulieren und so „Europa“ zu ihrer Sache zu machen.

Begründung:

Die Europäische Union gilt vielerorts als bürgerfernes, ja entrücktes Projekt intellektueller, politischer und wirtschaftlicher Eliten, an dem die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wenig Anteil hat bzw. nimmt. Um die Akzeptanz der EU bei der Bevölkerung zu steigern bzw. deren Vertrauen in Europa zurückzugewinnen, muss nach Möglichkeiten gesucht werden, wie sich mehr Bürger mit der europäischen Einigung identifizieren können. Die von der EU-Kommission mit der Vorlage des Weißbuchs zur Zukunft Europas initiierte Debatte bietet eine gute Möglichkeit, diese elementare Debatte in die Zivilgesellschaft zu tragen. Ziel sollte sei, die Bürgerinnen und Bürger entscheidend zu Wort kommen zu lassen, die weitere europäische Einigung in ihrem Sinne mitbestimmen zu können. Ein solcher wünschenswerter zivilgesellschaftlicher Konsultationsprozess bedarf des Anstoßes und der Förderung durch die Landes- und Kommunalpolitik. Der Bayerische Landtag, dessen Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen erst kürzlich zur Zukunft der EU eine Anhörung durchführte, ist prädestiniert, dies für den Freistaat auf den Weg zu bringen.